

Kolumne, 18.01.2013
© Dr. Sabine Schiffer

Afrika rückt näher

Traut man seinen Augen und Ohren noch? Da verkünden Westerwelle & Co., dass man den französischen Militäreinsatz in Mali zu unterstützen habe – schließlich sei das Land quasi direkt vor unserer Haustür. Der Rassismusforscher mag hier einen Unterton hören à la „jetzt, wo Quadafi und Ben Ali uns nicht mehr die schwarze Migration gen Mittelmeer vom Hals halten“, aber der Untertöne gibt es mehr. Denn die geografische Entfernung Malis ist doch beträchtlich. So sollte man den Widersprüchen nachgehen, um ein bisschen hinter die humanitäre Kriegsrhetorik zu blicken, an die wir uns schon gewöhnt haben, seitdem auch der Hindukusch sich Deutschland extrem näherte.

Die rhetorisch fokussierten Feinde, die Islamisten, werden hier ausdrücklich nicht als Freiheitskämpfer eingestuft – im Gegensatz zu ihren Kollegen in Syrien, deren logistische Unterstützung vom Westen her nun schon vielfach bekannt wurde. Dort heißen die Islamisten „Freiheitskämpfer“ und es vergeht auch nach wie vor kaum ein Tag, an dem die Bevölkerung nicht auf eine Intervention zum Sturze Assads eingestimmt wird. In diesen Kontext kann der militärisch unsinnige Patriot-Raketen-Einsatz mit Anwesenheitspflicht für Bundeswehrsoldaten eingeordnet werden.

In Mali und Algerien sind Islamisten die Gefahr für das sichere Europa – sozusagen direkt nebenan – und für den Zugang zu wichtigen Rohstoffquellen in einem uranreichen Gebiet. Nun will niemand die Taten der Kriegstreiber hüben wie drüben gutheißen, aber allzu auffällig ist doch die „humanitäre“ Interventionsbereitschaft stets in solch wirtschaftlich interessanten Gebieten, und nicht überall dort, wo Menschenrechte verletzt werden.

Mali scheint nach dem Sturz Quadafis zum Spielball geopolitischer Interessen geworden zu sein, was es unter Quadafis Einfluss eigentlich auch schon war. Erst durch die „Umgestaltung“ der Achse Libyen-Mali ist das möglich geworden, was jetzt vor Ort zu beobachten ist: die Spaltung des Landes.

Die deutsche Kriegspropaganda ist auffällig – aller Leitmedien und ganz im Sinne einer gelehrigen Regierung, die aus dem Libyenkrieg gelernt hat, dass man sich beteiligen muss, um vom Kuchen der Kriegsbeute auch etwas abzubekommen. Da die primären Interessen von Frankreich ausgehen, kann man in diesem Kontext gut auf logistische Unterstützung setzen und die unpopulären Kampfhandlungen ausschließen. Ausbildung von Polizei und Militär klingt ja auch gut – wenn da nicht die Ausbildung der islamistischen Milizen durch die USA gewesen wäre. Auch die Ausrüstung der Milizen deutet eher auf friendly fire hin. Gerade wenn man die Rolle einiger Verbündeter Deutschlands, wie Qatar oder den „Stabilitätsfaktor“ Saudi-

Arabien, einbezieht, die zwar weiter Waffen und Waffenlizenzen von Deutschland erhalten, aber ganz offen islamistische Gruppierungen unterstützen. Die Gemengelage ist so widersprüchlich, dass dies eigentlich ein gefundenes Fressen für einen aufgeklärten Journalismus sein müsste, der sich als Vierte Gewalt versteht.